



PRESSEMITTEILUNG

München, 13. Januar 2021

FFP2-Masken: Bürgerbeauftragter fordert bundesweit einheitliche Umsetzung, finanzielle Entlastung und einfachen Zugang

Bayernweit gilt ab dem 18. Januar 2021 im Öffentlichen Personennahverkehr und beim Einkaufen die Pflicht, eine FFP2-Maske zu tragen. Michael Hofmann, MdL, Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, begrüßt diese Regelung: „Jede korrekt angewendete FFP2-Maske spart potentiell die Kosten für eine intensivmedizinische Behandlung“.

Eine Maskenpflicht darf niemanden ausschließen oder benachteiligen. „Den Kampf gegen die Pandemie können wir nur gemeinsam gewinnen – als Gesellschaft, die zusammenhält, in der jede und jeder auf die und den Nächsten schaut.“, sagt Michael Hofmann.

„Mir ist es darüber hinaus wichtig, dass es auch bei den Kosten gerecht zugeht“, so der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung. Wenn eine FFP2-Maskenpflicht eingeführt wird, dann müssen die Bürgerinnen und Bürger finanziell entsprechend entlastet werden. Eine Entlastung ist beispielsweise steuerrechtlich oder über die Sozialversicherungsbeiträge denkbar. Er empfiehlt den Bürgerinnen und Bürgern, die Kostenbelege aufzuheben und für eine etwaige Erstattung zu sammeln.

Michael Hofmann spricht sich dafür aus, dass der Freistaat Bayern umgehend eine bundesweite Pflicht zum Tragen der FFP2-Maske und die Frage der Kostenentlastung für die Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion einbringt.

Der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung

Michael Hofmann, MdL, ist seit Mai 2020 Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Die Institution des Bürgerbeauftragten gibt es seit 2018.

Der Bürgerbeauftragte versteht sich als Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger, sein Einsatz ist kostenfrei. Er setzt sich als Vermittler für eine verständliche Kommunikation und ein respektvolles Miteinander zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Behörden ein, steht für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Weitere Informationen unter www.buergerbeauftragter.bayern.de.

Geschäftsstelle des Bürgerbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung

Pressekontakt: Dorothee Ott

Prinzregentenstraße 24 | 80538 München

Telefon: 089/2165-2792 | E-Mail: buergerbeauftragter@bayern.de